

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 9. März 2023

Vorsitz:	Remo Keller, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	39 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt:	Ruby Häusermann
Protokollführung:	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin
Zeit:	19:30 Uhr bis 22:10 Uhr
Ort:	Aula Lenzhard

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Nina Gremlich (Grüne) und Simona Serratore (FDP)
3. (23/47) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante Kronenplatz "Sandweg"; Verpflichtungskredit
4. (23/49) Dragonerstrasse West, Strassensanierung 3. Etappe, Abschnitt Fünflindenstrasse bis Buchenweg; Verpflichtungskredit
5. (23/48) Betriebsamt Lenzburg Seetal; Geschäftshaus "Malaga"; Niederlenzerstrasse 27; Bereitstellung und Inbetriebnahme neuer Büroräumlichkeiten; Verpflichtungskredit
6. (23/50) Bleiche; Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad, Einbau Räume für die Tagesstrukturen; Zusatzkredit (Baukredit)
7. (21/131) Postulat "Die Mitte": Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor; Bericht des Stadtrats
8. (21/132) Motion; Die Mitte, Grüne, SP, EVP, FDP Die Liberalen, glp, "Erstellung von Photovoltaikanlagen in Lenzburg", Bericht des Stadtrats
9. (22/46) Postulat SP; Änderung der Gemeindeordnung; Umbenennung Gemeindeammann in Stadtpräsident/Stadtpräsidentin; Überweisung
10. Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Liebe Einwohnerrätinnen, liebe Einwohnerräte, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Ich begrüsse euch zur ersten Sitzung im Jahr 2023. Bis vor Kurzem habe ich gemeint, ich könne mit 2 Superlativen und davon einer sehr positiven Sensation anfangen. Das ist leider nicht ganz so, da kommen wir nachher noch dazu. Aber immerhin etwas ist heute etwas speziell, nämlich haben wir die längste Pause während meiner Amtszeit als Präsident hinter uns. Solch einen langen Unterbruch werden wir nicht mehr haben. Die Sommerpause wird zwar auch lange, aber zwei Wochen kürzer. Diese lange Zeit ist von zwei Kollegen respektive einer Kollegin und einem Kollegen aus dem Einwohnerrat für einen spontanen Rücktritt genutzt worden. Spontan insofern, dass wir die Traktandenlisten für die heutige Sitzung wieder etwas modifizieren müssen. Ich hoffe auf Verständnis und darauf, dass es für alle in Ordnung ist, wenn wir nach den Mitteilungen noch einen zusätzlichen Punkt einfügen und die beiden neuen Kolleginnen hier im Einwohnerrat vereidigen können. Zuerst führe ich jedoch die Begrüssung fort. Fritz Thut vom Lenzburger Bezirksanzeiger und Eva Wanner von der Aargauer Zeitung berichten heute über die Sitzung. Besten Dank dafür im Voraus. Neben mir sitzt wie immer Beatrice Räber als Aktuarin und ich danke Marcel Wattinger, unserem Ratsweibel, für das Vorbereiten des Sitzungssaals. Vorher mussten wir zusätzliche Stühle aufstellen. Ich möchte auch sämtliche Gäste auf der Tribüne begrüssen. Erwähnenswert und sehr herzlich willkommen ist Gallus Zahno, ein Gemeinderat aus Staufeu, welcher interessiert ist, was wir hier in Lenzburg machen. Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind euch rechtzeitig zugestellt worden – dieses Mal elektronisch und in Papierform. Ich hoffe es hat alles funktioniert und ihr habt die neuen Tools ausgiebig getestet. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die 8. Sitzung der Legislatur 2022 bis 2025 ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 1. Dezember 2022 wurde am 20. Januar 2023 verschickt. Ein Hinweis bezüglich des Protokolls von heute und von den nächsten zwei Sitzungen: Die Stadtverwaltung testet eine neue Software, welche das Protokoll mehr oder weniger selbst schreiben soll und die gesprochene Mundartsprache in Hochdeutsch umwandelt. Die Stadt Aarau wie auch der Grosse Rat haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Da die Firma, welche die Software entwickelt hat, aus dem Wallis stammt und selbst diesen Dialekt übersetzen kann, habe ich sehr viel Hoffnung.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 1. Dezember 2022, welche dem Referendum unterliegen, sind am 9. Januar 2023 in Rechtskraft erwachsen.

3. Rücktritte

Seit der letzten Einwohnerratssitzung haben wir leider zwei Austritte zur Kenntnis genommen. Einerseits hat Anna Lena Drahts von den Grünen mit E-Mail vom 21. Januar 2023 aus gesundheitlichen Gründen per sofort ihren Rücktritt bekanntgegeben. Sie ist seit dem 1. Januar 2022 im Rat gewesen und hat sich in dieser kurzen Zeit sehr stark für den Umweltschutz eingesetzt. Wir wünschen ihr ganz herzlich alles Gute. Mit E-Mail vom 8. Februar 2023 ebenfalls per sofort zurückgetreten ist Urs Willener aus der FDP-Fraktion. Er ist seit dem 1. Januar 2017 im Rat und auch ihm möchte ich an dieser Stelle für sein 6-jähriges Engagement zugunsten von der Stadt Lenzburg herzlich danken. Wir wünschen auch ihm nur das Beste. An dieser Stelle möchte ich auch den involvierten Mitarbeitenden der Stadtverwaltung ganz herzlich danken, dass sie einmal mehr tolle Arbeit geleistet und Extraeinsatz gezeigt haben, damit man die beiden Lücken, welche spontan und etwas kurzfristig erfolgt sind, bereits schliessen konnte. Es ist schön, dass da das Wahlbüro die beiden neuen Ratsmitglieder bereits wählen konnte. Ich möchte aber auch diese Chance nutzen, um darauf hinzuweisen, dass man vielleicht die Personalplanung ein bisschen zukunftsgerichteter machen dürfte, damit es nicht immer zu einer Feuerwehrrübung mutiert und sodass man die Einführung und die Inpflichtnahme der neuen Mitglieder traktandieren kann. Ihr wisst ja, dass die Unterlagen sechs Wochen vor der Einwohnerratssitzung verschickt werden. Alles, was danach geschieht, ist neu.

4. Neueingänge

Vor mir liegt die Motion der SVP betreffend Zuständigkeit von Einbürgerungen. Weiter gibt es ein Postulat von den Grünen, der SP und Mitte bezüglich Vertretungsregelung im Einwohnerrat. Angekündigt waren zudem zwei schriftliche Anfragen, eine von Die Mitte zur Schlossbeleuchtung und eine von der FDP zur Gemeindeordnung. Diese Anfragen haben wir nicht ausgedruckt und können sie somit nicht verteilen. Sodann gibt es noch eine schriftliche Anfrage der SVP an das Erscheinungsbild / Logo der Stadt Lenzburg.

5. Entschuldigungen

Ruby Häusermann musste sich in letzter Minute aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen. Insofern sind wir heute 39 Ratsmitglieder.

2 Inpflichtnahme Nina Gremlich (Grüne) und Simona Serratore (FDP)

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir dürfen heute zwei neue Mitglieder im Einwohnerrat begrüßen und in die Pflicht nehmen. Für die Grünen ist Nina Gremlich. Sie ist hier, da keine verbleibenden Kandidierenden auf der Liste der Grünen mehr zur Verfügung gestanden sind. Sie ist im Nachnominationsverfahren vorgeschlagen und auch in einer Ersatzwahl durch das Wahlbüro bestätigt worden. Für die FDP heissen wir Simona Serratore herzlich willkommen hier im Rat. Für die Inpflichtnahme bitte ich die beiden neuen Mitglieder, vor den Rat zu treten. Beatrice Räber wird die Eidesformel vorlesen und ihr dürft das Gelübde abgeben mit den Worten "ich gelobe es". Die beiden Räte bitte ich, für den Akt aufzustehen.

Beatrice Räber: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Nina Gremlich (Grüne) und Simona Serratore (FDP): Ich gelobe es.

3 (23/47) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG; Sanierung Haltekante Kronenplatz "Sandweg"; Verpflichtungskredit

Adrian Höhn (GLP): Das Projekt sieht eine Verschiebung der Haltekante und gleichzeitig eine behindertengerechte Ausführung dieser Haltestelle vor. In der GPFK hat dieses Projekt wenig Diskussionen gegeben, weil weder eine zukünftige Umgestaltung des Kronenplatzes verhindert wird, noch ein Fussgängerstreifen verschoben werden müsste. Einzig die Rabatte wurde diskutiert. So ist bemängelt worden, dass sie eher zu klein und zu unscheinbar ausfällt und somit die Blumen einen schweren Stand haben. Sei das wegen der Hitze oder weil sie bei einem Fest zertrampelt werden. Der Stadtrat möchte aber an seiner geplanten Umsetzung mit Stellriemen festhalten und nicht auf Pflanztröge zurückgreifen. Es wird eine klimaangepasste Staudenmischung ausgesät und wir werden in Zukunft sehen, ob sie an diesem Standort Erfolg hat. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat die Vorlage einstimmig zur Annahme.

Sigrid Schärer (Grüne): Wir Grüne und die SP haben diese Vorlage angeschaut und stimmen dem Verpflichtungskredit sicher zu. Sehr positiv an dieser Vorlage finden wir, dass die Bushaltestelle nach vorne verschoben wird, sodass der Bus richtig zufahren kann und die Bushaltestelle dann behindertengerecht ist. Zudem fällt sie nachher aus dem Perimeter des Kronenplatzes und stellt kein Problem dar, wenn dieser einmal umgebaut oder entsiegelt wird. Die Abteilung Tiefbau hat ebenfalls bereits mitgedacht und bemerkt, dass nicht alles versiegelt werden muss. Somit haben wir die Rabatte auch wenn sie klein ist – die Hauptsache ist, dass sie existiert. Denn jeder Quadratmeter zählt. Ich habe bei der Abteilung Tiefbau nachgefragt, welche Mischung es werden soll. Es ist

eine Mischung von der Gärtnerei Labhart. Sie ist geeignet für sonnige und trockene Standorte und wird nicht sehr hoch, nur etwa 50 cm. Somit ist auch bestätigt, dass nichts im Weg wäre und es auch nicht gefährlich würde für den Verkehr oder für Fussgänger, wenn diese stark wächst oder aufgrund des Regens umkippen würde. Auch der Fussgängerstreifen bleibt bestehen, trotz 30er-Zone. Gemäss meinen Abklärungen kommt das auch nicht mit der Rabatte in Konflikt. Wie bereits eingehend erwähnt, die SP und die Grünen stimmen dem Antrag beide zu.

Iris Bachmann (Die Mitte): Grundsätzlich stimmt Die Mitte diesem Kredit zu. Ich bin eine der Personen, welche davon profitiert, wenn die Buskanten erhöht werden. Ich weiss nicht, ob es im Rahmen einer Einwohnerratssitzung üblich ist, dass ich euch Fragen dazu beantworten würde, aber wenn Fragen darüber bestehen, wie es ist, wenn man als Rollstuhlnutzende Person so eine Kante oder einen Bus benutzt, dann wäre ich offen, diese zu beantworten. Ich hätte sogar einen zweiten Rollstuhl, wenn jemand selbst diesen Einstieg in einen Bus ausprobieren möchte. Ich wäre also bereit, das mit euch durchzuspielen. Ich würde gerne, wenn dies in Ordnung ist, ein bisschen mehr von meinen Erfahrungen erzählen. Vieles ist nicht die Sache der Stadt. Es ist eher die Sache der RBL. Es gibt viele Chauffeure, welche noch einmal einen Kurs besuchen müssten. Viele schaffen es nicht, so an die Kante heranzufahren, dass ich ohne die Klappe einsteigen könnte. Denn möglich wäre es prinzipiell, wenn die Chauffeure richtig fahren würden. Dann haben wir eine Differenz von etwa 5 bis 7 cm. Das heisst ich könnte ohne Hilfe in den Bus hineinfahren. Meistens klappt das nicht, da sie zu weit weg sind oder sich der Bus nicht absenken lässt. Demzufolge muss man trotzdem die Klappen benutzen, was stets eine Zeitverzögerung darstellt. Es gibt sehr nette Passagiere, welche aufstehen und die Rampe selbst zu bedienen versuchen. Manchmal stellen sie sich aber nicht sehr geschickt an. Sie lassen beispielsweise die Klappen nach aussen fallen, was diesen schadet. Es gibt Chauffeure, welche ausrufen und die Passagiere zurechtweisen. Das führt wiederum dazu, dass diese garantiert nie mehr helfen möchten. Es gibt aber auch Chauffeure, welche es selbst machen. Ich bin in einer Rollstuhlgruppe und habe nachgefragt, wie das in anderen Städten gehandhabt wird. Jemand hat von der Stadt Thun erzählt, welche das sehr vorbildlich regelt. Die Busse dürfen an die Kanten heranzufahren, diese sind extra so abgerundet, dass es die Pneus nicht abnutzt. Dies hatte jedoch zur Folge, dass die Busse gelitten haben. Es entstanden Reparaturen von über CHF 10'000. Somit hatten die Chauffeure erneut den Auftrag, nicht mehr zu nah an die Kanten zu fahren und jedes Mal die Rampen auszuklappen. In der Stadt Chur gibt es bei den Betonplatten eine Extraführung, also eine Art Schiene oder Vertiefung, welche die Räder des Busses automatisch richtig heranlenkt. Die Kanten sind übrigens auch nützlich für Senioren. Wenn der Bus an einem Ort halten muss, wo es kein Trottoir hat, weil vielleicht eine Bushaltestelle verschoben worden ist, dann ist die Höhendifferenz sehr hoch. Wenn Senioren dort aussteigen müssen, fallen sie fast hinaus. Dies konnte ich schon mehrfach beobachten. Aus diesen Gründen ist es sehr positiv, dass es diese Kanten gibt. Ich werde persönlich auf die RBL zugehen, um ein Video zu drehen und aufzuzeigen, wie die Klappen korrekt bedient werden, sodass in

Zukunft mehr Passagiere diese bedienen können und Zeit eingespart wird. Wenn noch weitere Fragen bestehen, dann gebe ich gerne Auskunft.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Vielen Dank für das Angebot. Sowohl für die Fragen wie auch für das Testen ist sicher Interesse vorhanden.

Ivanka Bašić (SP): Ich möchte dir danken, dass du uns diesbezüglich sensibilisierst. Als ehemalige Mitarbeiterin der Pro Infirmis weiss ich aufgrund meiner Arbeit mit den Betroffenen, was es bedeutet, wenn Menschen mit einer Behinderung leben. Ich finde es sehr wichtig, dass auch wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, dass die vorhandenen Strukturen noch nicht so sind, dass Menschen mit Behinderungen sie gleich nutzen können wie Menschen ohne Behinderungen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge der Sanierung und Verlegung Bushaltestelle Kronenplatz "Sandweg" zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von CHF 111'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4 (23/49) Dragonerstrasse West, Strassensanierung 3. Etappe, Abschnitt Fünflindenstrasse bis Buchenweg; Verpflichtungskredit

Anja Kroll (Grüne): Vielen Dank an Iris für deine Ausführungen und das Angebot. Ich war auch schon im Rollstuhl unterwegs und bin sehr neugierig auf die Erfahrung. Ich melde mich direkt an für den Einblick. Nun betreffend die Dragonerstrasse. In der GPFK wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Der Sanierungsbedarf ist sehr offensichtlich, deshalb gab es keine Diskussion. Auch die Fraktionen SP und Grüne werden sich dem anschliessen. Im Nachgang zur GPFK-Sitzung habe ich versucht, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Ich möchte euch einige Einblicke davon geben. Der erste Punkt ist die Bushaltestelle. Die Frage war, ob es einen Personenunterstand braucht. Die Antwort lautet eindeutig ja. Es gibt dort 28 Kurse und es steigen in der Regel zwischen 1 und 18 Personen ein. Pro Tag liegt der Durchschnitt bei 51 Einstiegen und 6 Ausstiegen. Das ist für unsere städtischen Haltestellen durchaus eine starke Auslastung. Die Informationen zu den Frequenzen erhielten wir von der Abteilung Tiefbau, Christian Brenner. Die Stadt hatte in Auftrag gegeben, dass die Bedarfsermittlung für diese Haltestellen abgeklärt wird. Zum Personenunterstand ist weiter zu bemerken, dass dort gemäss

Aufnahmen bis 2019 Bäume standen. Die wartenden Menschen standen im Schatten dieser Bäume. Diese waren auf Privatgrund und existieren leider nicht mehr. Ob starker Regen oder sengende Hitze, die wartenden Passagiere sind dem Wetter komplett ausgesetzt. Deshalb ist jede Massnahme zu begrüßen, welche die ÖV-Benutzer in ihrem Bemühen, den ÖV zu nutzen, unterstützt. Da immer angehalten wird, ist auch die Betonplatte sicher eine gute Idee, damit der Asphalt nicht zu schnell weich wird. Die Einengung beim Buchenweg gab wenig Diskussionsanlass. Es sollen Rasengittersteine gegen die jetzige asphaltierte Überhöhung gelegt werden. Diskutiert wurde, ob man die Pfosten durch Bäume ersetzen kann. Ich habe mir die Situation vor Ort angeschaut. Es gibt in diesem Bereich kein Trottoir mehr. Es wird auch nicht rege genutzt um durchzufahren. Der Bus hingegen fährt relativ schnell vorbei. Die Personen mit Kinderwagen, Fahrrädern, etc., müssen immer über Rasengittersteine fahren. Deshalb möchte man dort wahrscheinlich nicht viele Wurzeln. Der Platz ist zudem relativ eng. Wir würden uns jedoch freuen, wenn nochmal geprüft wird, was man zusätzlich an Begrünung einbringen kann. Weiter gab es Fragen, ob die Pflasterung beim Verbindungsweg Föhrenweg in die Einmündung Dragonerstrasse, etwas nützt. Die dortige Ausgangslage ist schlimm, besonders wenn man die Situation nicht kennt. Wenn man vom Zeughaus kommt, sieht man den Föhrenweg gar nicht. Das ist ein Weg, der von Schulkindern benutzt wird. Dennoch gibt es keine Fussgängerüberquerung. Auf dem anliegenden Grundstück sind zudem hohe Hecken. Somit ist dieser Abschnitt überhaupt nicht übersichtlich. Deshalb bin ich sehr froh über die Pflasterung und über den Wehrstein. Eine Randnotiz noch – und damit schliesse ich - die Parkplätze, welche dort existieren, sind ebenfalls eine sehr effiziente Methode zur Verkehrsberuhigung. Bei parkierten Autos bremsen die meisten Personen automatisch ab. Deswegen werden die Parkplätze von den Anwohnern, mit denen ich gesprochen habe, sehr begrüsst.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge der Sanierung Dragonerstrasse West, 3. Etappe, Abschnitt Fünflindenstrasse bis Buchenweg, zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von CHF 375'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5 (23/48) Betriebsamt Lenzburg Seetal; Geschäftshaus "Malaga"; Niederlenzerstrasse 27; Bereitstellung und Inbetriebnahme neuer Büroräumlichkeiten; Verpflichtungskredit

Philippe Minnig (GPFK): Ich war letztes Jahr zu Besuch hinter den Kulissen des Betriebsamts. Das war wortwörtlich ein schmaler Besuch, so wenig Platz wie die Räumlichkeiten dort bieten. Wir sind immer in einer Kolonne durch das

Amt gelaufen. Ich möchte an dieser Stelle Carmela Gugliotta, Severin Mahni und dem ganzen Team danken, welches sich bis jetzt in engsten Verhältnissen arrangiert hat. Ich bin deshalb froh, dass über diese Vorlage abgestimmt wird. In der GPFK hat es Diskussionen gegeben, ob es nicht ein wenig früh und schnell ist. Wir haben noch keine Immobilienstrategie. Gibt es allenfalls eine negative Vorwirkung, wenn wir beginnen Geld auszugeben. Hier wurde uns vom zuständigen Stadtrat versichert, dass man in einen Standort investiert, bei welchem man davon ausgeht, dass er auch während der nächsten 10 Jahre Bestandteil der Verwaltung ist. Es wurde weiter diskutiert, wie die weitere Entwicklung als regionaler Dienstleister aussehen soll. Das kann man natürlich schlecht voraussehen. Wenn man gute Arbeit leistet, dann spricht sich das herum. Das kann dazu führen, dass wir mehr Kooperationen eingehen. Das muss aber nicht sein. Wenn man das Platzkonzept anschaut, also wenn man die heutigen Raumverhältnisse wieder auf den gleichen Raum projiziert, könnte man dort wohl doppelt so viele Tische hineinstellen – was aber sicher nicht die Idee ist. Was begrüsst worden ist, ist die neue Nähe zur Polizei. Das Klientel, welches das Betreibungsamt besucht, ist gemischt von freiwillig bis nicht freiwillig. Insbesondere bei nicht freiwilligem Klientel ist die Arbeit auch für die Angestellten sehr anspruchsvoll. Das macht wiederum die verhältnismässig teuren Kosten für die geschlossenen Schalter aus. Diese dienen natürlich der Sicherheit der Mitarbeiter. Auch haben wir diskutiert, ob der dritte Schalter benötigt wird. Die GPFK hat sich zu einem Nein entschieden. Wir hören auf die Vorgaben und haben über die Gutheissung der Vorlage abgestimmt. Die GPFK hat einstimmig zugesagt.

Thomas Schär (SP): In der Vorlage steht es klar und deutlich, die Kapazität der Räume ist restlos ausgeschöpft. Der Sicherheitsstandard vom heutigen Betreibungsamt entspricht nicht den Anforderungen. Die aktuelle Situation ist sowohl aus Sicherheitsgründen als auch aus Datenschutzgründen nicht weiter vertretbar. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die klaren Worte in der Vorlage und Philippe Minnigs Erfahrung bestätigt diese Aussage. Für uns Fraktionen der Grünen und SP ist darum klar, dass wir die Vorlage unterstützen müssen. Es stimmt, dass die Vorlage kurzfristig gekommen ist. Es stimmt, dass es eine rasche Umsetzung ist. Aber es ist eine gute Gelegenheit und wir finden es positiv, dass die Gelegenheit genutzt wird, weil die Verbesserungen markant sind was Sicherheit, aber auch den barrierefreien Zugang anbelangt. Beide Sachen wären im Rathaus auch bei einem Ausbau nicht möglich. In der GPFK ist die Nähe zu der Regional- und der Kantonspolizei geschätzt worden. Dies macht auch aus unserer Sicht Sinn. Ein Sicherheitsaspekt ist sicher auch eine gewisse präventive Wirkung. Dass das neue Bezirksgericht auch in die Nähe kommt, scheint uns ebenfalls schlüssig, auch bei einem allfälligen Verwaltungszentrum. Wenn das einmal kommt ist die Zusammenführung von diesen Aspekten her im Gebäude Malaga sinnvoll und kann beibehalten werden. Die Fläche für die Anzahl Mitarbeitende ist sicher eher grosszügig. Die Aufteilung macht aber Sinn und ein einzelnes Büro oder zwei Büros abzugrenzen, macht aus unserer Sicht wenig Sinn. Gute Arbeitsbedingungen sind auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden, Wertschätzung für die gute Arbeit, welche vom Regionalen Betreibungsamt geleistet wird. Gute Arbeitsbedingungen helfen zudem auch gutes Fachpersonal zu gewinnen. Der

Fachkräftemangel betrifft auch die Verwaltung. Das ist im Rat und in der GPFK schon mehrmals ein Thema gewesen. Darum lohnt sich die Investition aus unserer Sicht auch diesbezüglich. Wir begrüßen ebenfalls die regionalen Dienstleistungen, welche Lenzburg erbringt. In der Regel sind diese professioneller, effizienter und besser planbar; vor allem wenn sie von kleinen Gemeinden selbstständig erbracht werden müssen. Somit ist es ein Qualitätsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger. Auch finanziell macht es für Lenzburg Sinn. Wenn weitere Gemeinden dazugewonnen werden können, umso mehr. Wir hoffen auf entsprechende Anstrengungen, ohne dass diese aber übermässig forciert werden sollen. Die Qualität der Dienstleistung soll für sich sprechen und diese kann auch erlangt werden durch gute und motivierte Mitarbeitende in einem positiven, modernen Arbeitsumfeld. Wir bedanken uns bei der Stadtverwaltung für die Vorlage. Sie ist inhaltlich gut nachvollziehbar, schlüssig ausgearbeitet und die Grünen und die SP werden das unterstützen.

Cécile Kohler (Die Mitte): Die Mitte Fraktion ist sich einig, dass das Betriebsamt dringend mehr Platz braucht und dass die Sicherheit der Mitarbeitenden sowie die Diskretion der Kundinnen und Kunden am Schalter und Telefon gewährt werden muss. Die Lage im Geschäftshaus Malaga ist aufgrund von der Nähe zu der Regional- und Kantonspolizei sinnvoll. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat das Projekt seriös abgeklärt und auch mit dem Vermieter gut verhandelt hat. Uns haben sich aber noch ein paar operative Fragen gestellt. Die Rohbaumiete von CHF 185 pro m² erscheint uns sehr hoch. Die Realit verlangt beispielsweise im Lenz in einer siebenjährigen Liegenschaft CHF 160 pro m². Die Stadt Lenzburg ist eine sichere und langjährige Mieterin, auch durch die Räumlichkeiten der Regionalpolizei. Deshalb denken wir, dass auch am Mietpreis etwas verbessert werden könnte. Die Beteiligung der Vermieterin von CHF 10'000 scheint uns eher ein bisschen tief. Wieso ist der Anteil nicht höher? Es sind operative Fragen, welche wir jetzt nicht weiter klären können. Uns stellt sich vielmehr die Frage, wo bleibt die Immobilienstrategie? Das Kreditbegehren kommt relativ kurzfristig und wir sehen keine Strategie bezüglich Verteilung der städtischen Liegenschaftseinheiten auf bestehenden, eigenen Liegenschaften beziehungsweise von Liegenschaften der Ortsbürgergemeinde und auf angemieteten Liegenschaften. Was plant der Stadtrat? Soll die Verwaltung mehrheitlich in dezentralen, angemieteten Liegenschaften untergebracht werden oder wird eine zentrale Lösung mit einem Verwaltungszentrum geplant? Ist geklärt worden, ob das Betriebsamt in den ehemaligen Räumlichkeiten der Kantonspolizei untergebracht werden könnte? In der Investition von knapp CHF 300'000 sollte auch eine Immobilienstrategie implementiert sein. Die Mitte Fraktion wird dem Verpflichtungskredit trotzdem aufgrund der dringend notwendigen Vergrösserung des regionalen Betriebsamts zustimmen, verlangt aber vom Stadtrat, dass baldmöglichst eine Immobilienstrategie erstellt wird.

Tim Güttinger (GLP): Die aktuellen Räumlichkeiten des Betriebsamts sind in die Jahre gekommen, wir haben es schon gehört. Das Betriebsamt wächst ständig. Kürzlich sind mit den Gemeinden Henschiken und Fahrwangen die Gemeinde Nummer 7 und 8 zum Betriebsamt Lenzburg dazugestossen. Es fehlen noch zwei Gemeinden und bald sind die Hälfte der 20 Gemeinden im

Bezirk Lenzburg im Betriebsamt zusammengeschlossen. Die Tendenz zur Regionalisierung begrüßen wir als Grünliberale. Um auch zukünftig die hohe Qualität und Arbeitslast gewährleisten zu können, sind die neuen Räumlichkeiten dringend notwendig. Gerade auch in Bezug auf die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die baulichen Massnahmen wichtig und diesbezüglich ist die Nähe zu der Regional- und Kantonspolizei sehr sinnvoll. Der einzige Kritikpunkt, welchen wir haben, ist die aus unserer Sicht eher geringe Beteiligung der Eigentümer am Mieterausbau. Die grünliberale Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit.

Manuel Silva (SVP): Ich komme gleich auf einen Punkt der Sicherheit. Wenige von uns haben jemals Gewalt und Drohung gegen Beamte erlebt. Die Mitarbeitenden des Betriebsamts haben sicher schon solche Vorfälle erlebt. Umso wichtiger finde ich es, dass die Sicherheit unserer Angestellten im Vordergrund steht. Das ist eine Pflicht, welche Lenzburg als Arbeitgeber trägt. Wir haben vorher über den dritten Schalter und dessen Notwendigkeit gesprochen. Ich bin der Ansicht, dass er nötig ist. In der Zukunft werden sicher weitere Gemeinden dazustossen. Dann müsste dieser nachträglich eingebaut werden, was bestimmt mehr Kosten generieren würde, als wenn wir es jetzt schon tun. Weiter denke ich, es wäre wiederum eine Wertschätzung gegenüber den Angestellten, wenn man den Schalter von Anfang an ausführt. Für mich ist es kein Luxus und keine grosszügige Variante, sondern eine zukunftsorientierte Variante. Aus diesem Grund stelle ich den Änderungsantrag, dass wir den dritten Schalter von Anfang an einbauen und zwar mit dem Text "Der Einwohnerrat möge den Verpflichtungskredit für den Mieterausbau Betriebsamt Lenzburg Seetal im Geschäftshaus Malaga in der Höhe von CHF 323'750 inklusive Ausbau der dritten schalldichten Besprechungsbox in der Höhe von CHF 35'000 inkl. Mehrwertsteuer Kostenstand Januar 2023 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten bewilligen."

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Es liegt ein Änderungsantrag vor. Wir debattieren jetzt über den Änderungsantrag. Konkret geht es darum, den gesamten Verpflichtungskredit um CHF 35'000 zu erhöhen, sodass man die dritte Besprechungsbox einbauen kann.

Chantal Toker (GLP): Wir gehen auch davon aus, dass man den dritten Schalter wahrscheinlich irgendwann braucht. Die Frage ist einfach wann. Braucht man ihn in 2 Jahren, in 5 Jahren oder in 10 Jahren? Meines Wissens haben wir momentan überhaupt nicht genug Personal, um einen eventuellen dritten Schalter zu bedienen. Wir von der GLP sind der Meinung, man kann dieses Geld jetzt einsparen, zumal die Ersparnisse, welche man haben könnte, wenn man jetzt ausbaut gegenüber einem späteren Ausbau, minimal sind. Die Infrastruktur ist nämlich bereits gelegt. Darum sind wir dagegen, dass man dieses Geld jetzt spricht.

Änderungsantrag SVP:

Der Einwohnerrat möge den Verpflichtungskredit für den Mieterausbau Betriebsamt Lenzburg Seetal im Geschäftshaus Malaga in der Höhe von CHF 323'750, inkl. Ausbau der dritten schalldichten Besprechungsbox in der Höhe von CHF 35'000 inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand Januar 2023) zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge den Verpflichtungskredit für den Mieterausbau Betriebsamt Lenzburg Seetal im Geschäftshaus "Malaga" in Höhe von CHF 288'750 inkl. MwSt. (Kostenstand Januar 2023), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6 (23/50) Bleiche; Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad, Einbau Räume für die Tagesstrukturen; Zusatzkredit (Baukredit)

Corin Ballhaus (GPFK): Beim Bleicheprojekt kommt man sich ein bisschen vor wie im Film "und täglich grüsst das Murmeltier". Irgendwie scheinen auch wir hier in einer Zeitschleife festzustecken. Im 2018, also vor bald 5 Jahren, haben wir an dieser Stelle das erste Mal über die Bleiche beraten. Jetzt liegt vor uns die 4. Vorlage und sie beinhaltet einen Zusatzkredit von einer knappen Million. Gebaut ist aber bis heute noch nichts. Ursprünglich ging es nur um die Sanierung des Wasserrades und des dazugehörigen Gebäudeteils. Dass der Stadtrat damals die Vorlage zugunsten der Sanierung der Gesamtliegenschaft und der Prüfung der entsprechenden Nutzung zurückgezogen hat, ist sicher sinnvoll gewesen. Nicht goutiert haben wir hier im Einwohnerrat, dass uns der Stadtrat 2020 direkt einen Verpflichtungskredit vorgelegt hat. Veranschlagt gewesen sind damals Kosten von 4,6 Millionen Franken, inklusive dem Ausbau des Dachgeschosses. Damals hätte die Nutzung noch den Einbau einer Infrastruktur für das neue Fach "Textiles und Technisches Gestalten" vorgesehen. Nach dem Vorprojekt haben wir im 2021 im Einwohnerrat einen Verpflichtungskredit von 4,9 Millionen Franken genehmigt. Und das nur noch mit einem Grundausbau des Dachgeschosses. Im selben Jahr hat auch das Volk an der Urne zugestimmt. Die Vorlage für den Zusatzkredit von knapp 1 Million Franken, welche wir heute beraten, sieht drei zusätzliche Teile vor. Einen Vollausbau des Dachgeschosses mit zwei Schulzimmern, was nordseitig eine

zusätzliche Erschliessung notwendig macht. Dafür werden Kosten von CHF 450'000 veranschlagt. Vorgesehen ist ausserdem die Installation einer Photovoltaikanlage auf der West- und der Ostseite des Dachs. Ein Blick auf den Solarkataster Agis zeigt zwar, dass sich die Ostseite nur mässig eignet. Ausserdem können wir der Vorlage entnehmen, dass der Eigenverbrauch tief sein wird, weil die Bleiche dem Fernwärmenetz angeschlossen werden soll. Dass die PV-Anlage trotzdem realisiert werden soll, begründet der Stadtrat mit dem Erreichen des Klimaziels und der Energiemangellage. Ausserdem – und das dürfte entscheidender gewesen sein – möchte er ein Referenzobjekt für PV-Anlagen bei schutzwürdigen Bauten, wie die Bleiche eine ist, realisieren. Die Kosten für die in Dachlösung werden mit CHF 200'000 angegeben. Ausserdem hat sich im Lauf der Zeit herausgestellt, dass es zusätzlich ein Büro und eine Garderobe braucht, wenn die Tagesstrukturen respektive die Tagesschule dort untergebracht würden. Das würde mit weiteren knapp CHF 310'000 zu Buche schlagen. Über das hinaus soll das Wasserrad mit einer Glas Trennwand zum Ausstellungsraum abgegrenzt werden und der Raum soll beheizt werden. Die Mehrkosten von CHF 78'000 will aber der Verein Industriekultur am Aabach über zusätzliches Sponsoring decken. Mit seiner Vorlage bringt uns der Stadtrat in eine mehrfache Zwickmühle. Vor zwei Jahren haben wir zum Gesamtprojekt ja gesagt. Mit einem nein zum Zusatzkredit würden wir diesen Entscheid mindestens teilweise in Frage stellen. Also sind wir praktisch zu einem Ja gezwungen. Unschön ist, dass wir den Entscheid praktisch in ein Vakuum hinein fällen müssen. So können wir uns weder auf eine Immobilienstrategie abstützen noch ist heute klar, wie das Gebäude tatsächlich genutzt wird. Über ein mögliches Tagesschulkonzept stimmen wir schliesslich erst später in diesem Jahr ab. Was wir allerdings wissen ist, dass die sanierte Bleiche auf das Schuljahr 24/25 bereitstehen muss, weil auf dem Schulareal bereits wieder Raumnot herrscht. Damit ist also die Schulplanung, welche man erst im Jahre 2020 erstellt hat und welche auf 15 Jahre ausgelegt war, bereits wieder überholt. Es erstaunt auch nicht, dass sich die Debatte in der GPFK vor allem um die Ausgangslage für unseren Entscheid und die unsägliche Schulraumplanung gedreht hat. Der Stadtrat ist sich sehr wohl bewusst, in was für eine Situation er uns gebracht hat. Er konnte uns jedoch aufzeigen, dass er auf grösstmögliche Flexibilität bei der Gestaltung der Räumlichkeiten in der Bleiche achten will, um diesen verschiedenen Nutzungsszenarien gerecht werden zu können. Er hat uns auch aufzeigen können, dass die Immobilienstrategie auf gutem Wege ist und die Vorlage dem nicht zuwiderläuft. Ebenso hat er uns aufzeigen können und das ist ihm ein grosses Anliegen, dass er betreffend die Schulraumplanung endlich andere Seiten aufziehen will, um aus diesem Improvisationsmodus herauszukommen und eine verlässlichere Zahlenbasis für diese Planung schaffen will, sich dazu auch externe Hilfe holt und die Planung eng mit den Zuweisergemeinden beziehungsweise den umliegenden Schulgemeinden abstimmen will.

Der Stadtrat kann sich gewiss sein, dass wir ihn diesbezüglich beim Wort nehmen werden und das eng begleiten werden. Unter diesem Vorzeichen empfiehlt die GPFK den Zusatzkredit von CHF 961'900 zur Annahme. Die SVP-Fraktion wird dieser Vorlage ebenfalls zustimmen, wenn auch mit einigem

Zähneknirschen und eine weitere Scheibe in diesem Salamiprojekt würde uns den Magen definitiv verderben.

Heiner Cueni (FDP): Bleiche heisst das Gebäude. Ich bin nicht sicher ob der Titel oder der Name des Hauses praktisch mit sich bringt und ob man aufgrund der erwähnten Zahlen bleich werden soll. Gerne würde ich das Projekt Bleiche als Zangengeburt oder sogar als komplizierte chirurgische Weisheitszahnentfernung bezeichnen. Die Historie ist ja bekannt. Aufgrund der passenden Schülerzahlen den neuen Anforderungen in und rund um die Schule Tageschule, Tagesstrukturen etc. macht die vorgestellte Projekterweiterung Sinn, auch wenn wir wiederum tiefer in die Tasche greifen müssen. Besonders erwähnen möchte ich die Aufnahme von Photovoltaik-elementen im Projekt, welche auch mehr kostet. Aber dieses Thema wird heute auch nochmals besprochen und dank der Verzögerung werden wir wegen den aufgelaufenen Teuerungskosten auch mehr berappen. So bitte ich unbedingt die Architekten und Baukommission, die Kosten immer wieder zu beachten, so dass wir am Schluss nicht eine Box der Pandora haben oder dass wir "das blaue Wunder betreffend Finanzen" erleben werden. Trotz allem stimmt die FDP-Fraktion einstimmig zu. Corinne hat vorher noch ein Anliegen erwähnt, welches auch in der GPFK diskutiert wurde. Ich wünsche mir, dass die künftigen Schülerzahlen regelmässig präsentiert würden, zum Beispiel so, wie wir es auch mit der Finanzplanung machen, sodass wir wissen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Besten Dank.

Roland Locher (GLP): Wir haben uns grundsätzlich über die Vorlage gefreut, wenn es nicht wieder eine weitere Scheibe gewesen wäre, bei welcher man nicht genau weiss, wann es jemals aufhört. Wir haben natürlich auch gesehen, dass die Schulraumplanung eine Basis gewesen wäre, um einen guten Entscheid fällen zu können. Auch diese haben wir leider vermisst. Trotzdem finden wir nach Einbezug der aktuellen Entwicklung der Schülerzahlen an der Primarschule Lenzburg, dass die Umsetzung des optimalen Ausbaus des Dachgeschosses nur richtig ist; insbesondere, da dies auch Konsequenzen hat beispielsweise auf die Treppe auf der Nordseite. Den Einbau der Photovoltaikanlagen als Konsequenz der Klimaziele befürworten wir. Auch freuen wir uns über das Referenzobjekt einer Photovoltaikanlage bei schutzwürdigen Bauten. Eine Anregung wäre noch, dass gemäss Aussage des Kantons das Gebäude auch im Zuge der Sanierungsangebote für Mauersegler und Fledermäuse, Angebote bereitgestellt werden könnten, vor allem auf der Bachseite. Die GLP wird das Vorhaben unterstützen und wird dem Zusatzkredit zustimmen.

Daniel Blaser (die Mitte): Der Zusatzkredit von CHF 961'900 ist ein recht hoher Betrag und macht 20 Prozent der Gesamtkosten aus. Dabei haben wir die 13,2 Prozent teuerungsbedingten Mehrkosten, welche dazukommen könnten, noch nicht miteinberechnet. Die Mitte Fraktion findet das Projekt jedoch sehr wichtig und sieht auch, dass der Raumbedarf dringend vorhanden ist. Wir finden es lobenswert, dass sich alle Beteiligten inklusive den Vereinen nach drei Jahren Planung noch einmal intensiv Gedanken über die Ziele dieses Projektes und dem aktuellen Bedarf von Schulräumen gemacht haben. Wie wir sehen, ist der Bedarf gestiegen und direkt ins Projekt eingeflossen. Die PV-Anlage hat mich

persönlich nach meinem Votum im Mai 2021 sehr erfreut. Es ist nämlich genauso wie in der Vorlage beschrieben, eine PV-Anlage als Referenzobjekt der Stadt, für Eigentümer und Architekten, auf einem schutzwürdigen Gebäude – und ein weiterer Schritt als Energiestadt. Ein weiterer Schritt für die Motion vom 2021 "Erstellen von PV-Anlagen in Lenzburg" und einen Schritt näher an den Klimazielen der Stadt Lenzburg mit erneuerbaren Energien. Die Mitte Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten und stimmt dem Zusatzkredit einstimmig zu.

Martin Killias (SP): Die Fraktion SP und Grüne wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen. Es ist schon sehr vieles gesagt worden und ich möchte dies nicht wiederholen. Ich erlaube mir darum, noch auf ein paar Aspekte hinzuweisen, welche jetzt bei uns eher viel zu reden gegeben haben und welche bis jetzt nicht gross erörtert worden sind. Wir haben es hier mit einem sehr interessanten Gebäude zu tun. Es ist ein Baudenkmal und zwar ein Industriedenkmal. Die Baudenkmäler müssen einen Sinn und einen Nutzen haben. Es muss nicht museal sein. Museen sind eine Ausnahme, aber normalerweise sollen Baudenkmäler gebraucht werden können, wobei vielleicht zu sagen ist, dass es manchmal eine schwierige Aufgabe ist, für ein Baudenkmal eine adäquate Nutzung zu finden. Berühmte Beispiele sind Kirchen. Denken Sie einmal an die vielen Kirchen, welche existieren und von welchen wahrscheinlich ein grosser Teil in den nächsten 20 Jahren umgenutzt werden müssen. Das ist nicht einfach. Ein Nachtclub ist dann nicht adäquat. Was bei normalen Bauten ohne sakralen Charakter ebenfalls häufig ein Problem ist, ist die Übernutzung. Das sind die überrissenen Ansprüche, dass man in ein Bauernhaus mit einer grösseren Scheune 17 Wohnungen hineinbauen möchte. Das kann einfach nicht gut kommen. In dem Sinne ist bei dieser Vorlage die Erstellung von zusätzlichem Raumbedarf prinzipiell ein Problem. Wie es vorher vorgesehen gewesen ist, Kaltdach und Bodenisolierung, ist eigentlich optimal und auch viel billiger. Man muss das Dach nicht ertüchtigen beziehungsweise nicht isolieren. In dieser Vorlage, wenn der Dachstock gebraucht wird für Schulzimmer, muss man zusätzlichen eine Erschliessung im Dachstuhl haben. Dann gibt es wieder ein Problem, denn dann braucht es Dachflächenfenster. So erscheint eine lange Liste von Sachen, welche erneute Kostentreiber sind, was vorhin ja angesprochen wurde. Aber man kann sich der aktuellen Situation in der Schule nicht verschliessen. Die Planung hat nicht gestimmt, aber Zukunftsprognosen sind auch schwierig. Ich wäre nicht überrascht, wenn die Planung erneut über den Haufen geworfen würde durch irgendetwas, was wir nicht voraussehen konnten. Wichtig finde ich, dass dies ein Industriebaudenkmal ist. In diesem Zusammenhang finde ich ein Photovoltaikdach durchaus adäquat und es darf auch ein bisschen technisch aussehen. Was ich sehr gut finde ist, dass man sich diesbezüglich im Projekt wirklich Mühe geben will. Ansonsten sehen die Anlagen nämlich oft sehr unansehnlich aus. Alles in allem ist es eine sehr positive Vorlage und ich empfehle im Namen der Fraktion SP und Grüne dieser Vorlage zuzustimmen.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge dem Zusatzkredit in der Höhe von CHF 961'900, inkl. MwSt, zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten (Kostenstand Oktober 2022), für die Gebäudesanierung Bleiche, zustimmen.

Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7 (21/131) Postulat "Die Mitte": Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor; Bericht des Stadtrats

Christina Bachmann (Die Mitte): Wir begrüßen die Massnahmen des Stadtrats und finden auch die Unterzeichnung der Charta sehr positiv. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist vernünftig. Wir begrüßen die Zusage vor allem, da nahestehende Körperschaften wie beispielsweise die SWL dazu angehalten werden, Lohngleichheitsmassnahmen zu treffen. Auf Nachfrage bestätigen auch einzelne Angestellte der Stadtverwaltung, dass sie Gleichstellung zwischen den Geschlechtern in der Verwaltung bei ihrer Arbeit positiv erleben. Mir ist trotzdem eine gewisse Intransparenz aufgefallen. Mir ist berichtet worden, dass Mitarbeitende teilweise nicht wissen, in welchem Lohnband sie sich befinden und es scheint auch nicht klar zu sein, welche Kriterien ausschlaggebend sind für diese Zuteilung. Teilweise sind die Kriterien subjektiv. Das gilt ebenfalls für Angestellte der Schulverwaltung, welche zur Stadtverwaltung dazugehören, aber ganz andere Aufgaben wahrnehmen, weshalb ein Vergleich schwierig ist. Diesbezüglich dürfte allenfalls noch Handlungsbedarf bestehen. Wir möchten den Stadtrat bitten, wo er Möglichkeiten betreffend Lohnbänder und Kommunikation sieht, etwas zu unternehmen. Ansonsten möchten wir dem Stadtrat ein Dank und Lob aussprechen für die gute Arbeit.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf § 29 Abs. 3 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen und die erwähnten Massnahmen in der Stadt Lenzburg umsetzen zu lassen.

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8 (21/132) Motion; Die Mitte, Grüne, SP, EVP, FDP Die Liberalen, glp, "Erstellung von Photovoltaikanlagen in Lenzburg", Bericht des Stadtrats

Adrian Höhn (GLP): Im Namen der IG-Klimazukunft Lenzburg möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Die ergriffenen Massnahmen zu der Forderung PV-Anlagen auf stadteigenen Dächern ist unserer Ansicht nach sinnvoll in die Wege geleitet worden. Leider fehlt aber auch da die Immobilienstrategie. So ist nicht ganz klar, ob das gewählte Vorgehen innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahren umgesetzt werden kann, sodass alle geeigneten Dachflächen mit PV-Anlagen ausgestattet werden. Darum schlagen wir vor, dass in der Klimastrategie von Lenzburg das verbindliche, minimale Ziel von 800 Kilowatt Peak pro Jahr in stadteigenen Dächern definiert wird. Das Ziel gilt als erfüllt, wenn alle stadteigenen Dächer, welche in dieser Evaluation als geeignet aufgelistet worden sind, bebaut sind. Die PV-Anlagen auf stadteigenen Dächern ergeben in der Summe eine theoretische Jahresproduktion von 5,4 Gigawattstunden, was in unseren Breitengraden einer Solarpanelfläche von circa 5'400 Kilowatt Peak entspricht. Das ist immer der Punkt, bei welchem beachtet werden muss, was während des Jahres erzeugt wird (die Jahresleistung) und was theoretisch leistbar wäre. Wir gehen davon aus, dass es für unser Bauamt und die Stadt einfacher ist sagen zu können, wie viele Panels pro Jahr gebaut werden. Auf jeden Fall ergibt das, wenn man es durchrechnet, dass wir dieses Ziel in ca. 7 Jahren erreichen sollten. Damit dieses Ziel auch wirklich erreicht werden kann, soll geprüft werden, ob die Abteilung Elektroinstallationen von der SWL durch die Kompetenz Solarbau ergänzt werden kann. Das soll geschehen, indem neben der Anwerbung von Solarteuren auch internen Mitarbeitern die Chance geboten wird, sich zum Solarteur weiterzubilden. Zudem soll ein Angebot für Lernende zum Solarinstallateur EFZ angeboten werden. Das vor dem Hintergrund, dass der Fachkräftemangel heute schon gross ist. Auf dem Markt findet man sehr wenige Solarteure und alle Solaranlagen, welche die SWL bisher gemacht hat, mussten mangels Eigenkompetenz durch externe Partner installiert werden. Die grossen und langfristigen Investitionen der Stadt Lenzburg bieten eine Chance, eine kompetente Abteilung aufzubauen, welche dank diesen Zielen zumindest über die Chance verfügt, für kontinuierliche Grundaufträge zu sorgen.

Christoph Nyfeler (FDP): Ich möchte explizit erwähnen, dass ich nicht als Co-Präsident der IG Klimazukunft Lenzburg rede, sondern als Fraktionspräsident der FDP. Vor zwei Jahren hat es eine Flut an Motionen und Postulaten gegeben zu verschiedenen Themen, insbesondere aber zu Themen was die Klimazukunft Lenzburg und die IG betrifft. Wir haben lange diskutiert was ein Postulat und was eine Motion ist. Für diejenigen, die das gerne nachlesen möchten, können das im Protokoll vom 6. Juli 2021 tun. Wir haben etliche Sitzungen gehabt mit Christoph Hofstetter, bei welchen wir explizit geschrieben haben "Was ist eine Motion und was ist ein Postulat und wie sollen diese beantwortet werden". Ich möchte Sie alle dringend bitten die Gemeindeordnung durchzulesen. Wie wir auch heute wiedersehen, haben wir klar nachzulesen, was die Anforderungen an eine Motion und an ein Postulat sind. Die Anforderungen an eine Motion sind, dass es die Gesamtheit der Bevölkerung

betreffen würde. Die Beantwortung einer Motion ist nicht ein Antrag, dass man einen Bericht gutheisst, sondern es ist Antrag zum Bericht **und** Antrag zu der gestellten Forderung. Wir haben hier in der Motion klar geschrieben "Der Stadtrat soll ein Konzept inklusive Investitionsplan vorlegen, wie innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre.....den Rest kennt ihr. Dieser Wortlaut ist explizit so gewählt worden, weil wir gesagt haben, der Einwohnerrat möchte gerne eine handfeste Handhabung haben, um Einfluss zu nehmen. Und zwar nicht wie bei einem Postulat, bei welchem man nach 2 Jahren einen Bericht erhält und diesen dann Bericht gutheissen oder ablehnen kann. Auf was will ich nun hinaus als Fraktionspräsident der FDP? Wir haben eine Motion eingereicht. Die Motion ist stundenlang diskutiert und angepasst worden, sodass sie rechtlich als Motion gilt und wir haben den Anspruch, dass die Motion auch als solche beantwortet wird. Vorliegend haben wir einen Bericht. Es ist ein guter Bericht, wofür ich dem Stadtrat danke. Aber es ist keine Beantwortung der Motion und kein Antrag der Motion. Darum wollten wir eigentlich einen Rückweisungsantrag stellen. Dies tun wir nicht, da es im Sounding mit den anderen Parteien keine Unterstützung gefunden hat. Wir sind aber klar der Meinung, dass wir uns in der Zukunft noch besser überlegen müssen, ob wir jetzt eine Motion oder ein Postulat einreichen wollen. Bei einem Postulat ist als Antwort ein Bericht, den man gutheissen oder nicht gutheissen kann. Eine Motion hat die Erwartungshaltung, dass der Antrag konkret in den Rat hinein zurückgespielt wird. Wir haben eigentlich formuliert, was unsere Erwartungshaltung ist. Das hätte eigentlich heute Abend als Antrag gestellt werden müssen, wenn man die Motion auch als Motion beantwortet.

Thomas Schär (SP): Ich spreche nur als Fraktionsmitglied. Grundsätzlich wollen wir uns bei der Verwaltung und dem Stadtrat bedanken für die Beantwortung der Motion und für die Ausführungen. Aus unserer Sicht wurde gründlich abgeklärt und nachvollziehbar aufgezeigt, in welche Richtung es gehen soll und was möglich ist. Die Diskussion betreffend Motion und Postulat möchte ich nicht führen. Ich begrüsse Christoph Nyfellers persönliches und engagiertes Votum. Wir hatten auch Christoph Hofstetter bei uns zu Gast. Stundenlange Diskussionen haben wir aber nicht geführt. Man kann sich durchaus in den Details oder im genauen Verfahrensablauf verlieren. Aus unserer Sicht finden wir den Vorschlag des Stadtrats gut. Ich möchte noch zwei Eckpunkte erwähnen, welche beim vorherigen Votum aus unserer Sicht ein wenig ignoriert worden sind. Ich bin bereits einmal am Mikrofon gewesen. Heute Abend freue ich mich, dass ich nochmals da sein darf und ich sage erneut das magische Wort "Immobilienstrategie". Ich glaube, das gehört wirklich zu jedem Votum, welches geäussert wird. Wir finden es vernünftig, dass der Stadtrat nicht die Planung für 5 bis 10 Jahre gemacht hat, solange die Immobilienstrategie noch nicht vorliegt und solange die Fachstelle Umwelt noch nicht in Betrieb respektive die dort angestellte Person noch nicht tätig ist. Es macht aus unserer Sicht Sinn, dass für die nächsten drei Jahre erste Projekte angepasst sind. Wir glauben dem Stadtrat und haben das Vertrauen in ihn, dass er diese Projekte wirklich umsetzen möchte. Schlussendlich liegt es auch an den Personen, welche dann aufstehen müssen und die Investitionen genehmigen, wenn die PV-Anlagen auf gewissen Dächern umgesetzt werden sollen. Wir sind guten Mutes und wir glauben wirklich, dass die Anliegen, welche in dieser Motion

geäußert sind, vom Stadtrat mitgenommen werden und auch der Fachstelle Umwelt übergeben werden. Betreffend die Fachstelle Umwelt hatten wir auch bereits Diskussionen mit Christian Brenner, welcher gesagt hat, dass es am Anfang ein riesiger Berg sein wird, welcher auf diese Person zukommt. Es ist ganz klar, dass diesbezüglich Prioritäten gesetzt werden müssen. Die Klimastrategie der Stadt hat oberste Priorität und wir sind sicher, dass die spezifischen Wünsche und Forderungen, welche wir einbringen, der Fachstelle Umwelt mitgegeben und erfüllt werden. Wir werden sicherstellen, dass die Punkte, welche gefordert sind, in den entsprechenden Papieren und Strategien wirklich berücksichtigt und umgesetzt werden. Wir finden die Beantwortung der Motion sehr gut nachvollziehbar und ausführlich. Für uns ist es gute Arbeit die geleistet worden ist und wir sind jetzt gespannt auf die entsprechende Umsetzung.

Andreas Schmid: Ich nutze gerne die Gelegenheit, um etwas zum Thema Immobilienstrategie zu sagen. Wir haben eine Ausschreibung gemacht und vier Beratungsunternehmen eingeladen, ein Angebot einzureichen, um uns zu unterstützen und um die Immobilienstrategie zu erarbeiten. Wir haben vier Angebote erhalten und diese uns präsentieren lassen. Wir haben uns auch kontrovers unterhalten. Wo wollen wir wirklich den Fokus legen? In dieser Immobilienstrategie haben wir uns entschieden, dass wir in einem ersten Schritt den Fokus auf eine systematische Zustandserhebung von unseren städtischen Liegenschaften legen. Entsprechend haben wir uns auch für den Anbieter entschieden, welcher in diesem Gebiet seine Stärken hat. Weil wir noch nicht kommuniziert haben, welcher Anbieter den Zuschlag bekommt, kann ich noch nicht sagen, mit wem wir zusammenarbeiten werden. Sobald das kommuniziert ist, werde ich mitteilen können, wer uns unterstützen wird. Der Fokus liegt wirklich darauf, dass wir eine systematische Zustandserhebung von unseren Liegenschaften machen möchten, welche auch als Basis dient für die ganze Unterhaltsplanung. Wir haben uns auch in der Vorbereitung unserer Beantwortung der Motion überlegt, ob wir einen PV Kredit beantragen möchten, um irgendwo die PV-Anlage erstellen zu können. Es gäbe prinzipiell einen Kredit, welchen wir ausschöpfen könnten. Wir haben diese Idee aber ganz bewusst verworfen. Dies aus dem Grund, wenn es im Rahmen der Immobilienstrategie sowieso dazu kommt, dass wir ein Gebäude sanieren müssen, dann müssten wir sowieso ein Einwohnerratsgeschäft planen und einen Kredit beantragen. Deshalb haben wir den Mehrwert nicht gesehen, jetzt einen Globalkredit für PV-Anlagen zu beantragen und haben uns bewusst für den Verzicht entschieden. Es ist klar, dass es zwecks Beantwortung dieser Motion ein gutes Zeichen und einen Schritt nach vorwärts gewesen wäre. Wir haben lediglich den Mehrwert seitens des Vorgehens wirklich nicht gesehen. Wir verpflichten uns allerdings, dass wir, wenn wir Dächer in einem sanierungsdürftigen Zustand sehen, die Gelegenheit nutzen werden und einen entsprechenden Kredit beantragen.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge den Bericht des Stadtrats vom 1. Februar 2023 gutheissen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen zu 10 Enthaltungen angenommen.

9 (22/46) Postulat SP; Änderung der Gemeindeordnung; Umbenennung Gemeindeammann in Stadtpräsident/Stadtpräsidentin; Überweisung

Julia Mosimann (SP): Der Titel sagt es schon aus, was das Postulat will und was unser Gedanke dahinter ist. Dennoch will ich gerne noch ein paar Worte dazu sagen. Wir wollen, dass die Stadt Lenzburg als innovative Stadt wahrgenommen wird. Wir wollen eine zeitgemässe Sprache, welche alle Geschlechter miteinbezieht. Die Bezeichnung Vizeammann oder Stadtammann wird dem nicht gerecht. Stellen wir uns vor eine Frau besetzt das Amt in Zukunft. Wie nennt man diese Position dann - ist das Stadtammännin oder ist es Frau Stadtammann? Es bestehen Unklarheiten und es sind Begrifflichkeiten, die es nicht gibt. Frau Stadtammann wird in der heutigen Zeit als die Ehefrau vom Stadtammann wahrgenommen. Uns ist es wichtig, dass man eine Sprache verwendet, die alle Geschlechter einbezieht. Die Bezeichnung von Stadtpräsidentin oder Stadtpräsident beziehungsweise Vizepräsidentin und Vizepräsident ist eine bekannte Bezeichnung und nichts Neues. Man handhabt es in Aarau schon seit Jahren so. Es ist eine zeitgemässe Begrifflichkeit, die man auch nicht nur in diesen Ämtern kennt. Man weiss, was hinter dieser Bezeichnung steht. Der andere Punkt ist, dass es auch ausserkantonale verständlich ist. Es ist in den anderen Kantonen klar, dass man von einem Stadtpräsidenten oder einer Stadtpräsidentin redet. Wenn man ausserkantonale den Begriff "Stadtammann" verwendet, dann machen die meisten Leute grosse Augen. Ich habe mir angewöhnt, dass ich das Wort gar nicht mehr brauche, sondern dass ich von Anfang an auf Stadtpräsidentin oder Stadtpräsident zurückgreife. Es ist also auch in diesem Kontext eine Vereinfachung und Vereinheitlichung dieser Amtsbezeichnungen. Wir würden uns sehr freuen auf Unterstützung, um dieses Postulat zu überweisen, damit das Anliegen vom Stadtrat aufgenommen werden kann und in der zukünftigen Überarbeitung der Gemeindeordnung bearbeitet werden kann.

Marcel Strebel (FDP): Danke an Julia Mosimann für das Postulat. Ich persönlich unterstütze das Anliegen sehr und bin absolut einig mit allen Argumenten, welche du aufgeführt hast. Ich erlaube mir, schnell 5 Fakten zu erwähnen. Fakt 1 ist, dass das Postulat in unserer Fraktion inklusive unseren beiden Stadträten Unterstützung findet. Ich mache hier eine Zwischenbemerkung - auch das Anliegen des Postulats Stellvertreterregelung oder das Anliegen der Motion Einbürgerungen, auch wenn ich hier vorgreife, findet bei mir persönlich Unterstützung. Fakt 2: An der Grossratssitzung vom 21. Juni 2022 ist die Motion betreffend Einführung des Begriffs Gemeindepräsidium in der Kantonsverfassung diskutiert worden. Es geht dort darum, dass man den Paragraphen 107 Absatz 1 vom Aargauer Gemeindegesetz auf das Schlusswort "und das Präsidium der Gemeinde" ändert. Mitmotionärin ist

unsere Stadträtin Barbara Portmann-Müller gewesen. Fakt 3 ist, das haben Sie sicher im Abstimmungsprotokoll auf Seite 4 entnommen, dass auch unser Stadtammann Daniel Mosimann dieser Motion zugestimmt hat. Somit wissen wir eigentlich, dass sicher 4 unserer Stadträte das Anliegen unterstützen. Die Motion ist dank Stichentscheid der Grossratspräsidentin überwiesen worden. Fakt 4: Über eine Verfassungsänderung wird das Aargauer Volk abstimmen müssen. Dank der Regierungsratserklärung Seite 2 wissen wir aber, dass bereits 2026 diverse kantonale Erlasse, insbesondere auch das Aargauer Gemeindegesetz, totalrevidiert werden. Die Motion soll dort umgesetzt werden. Somit ist die Umbenennung auf "Gemeindepräsidium" auf kantonaler Ebene faktisch eine beschlossene Sache und die Stadt Lenzburg wird zukünftig gar keine andere Wahl haben, so wie alle anderen Aargauer Gemeinden auch, diese Bezeichnung einzuführen. Ein 5. und letzter Fakt: In einem anderen Zusammenhang habe ich an der Einwohnerratssitzung vom 27. Oktober 2022 den Stadtrat mündlich gefragt, wie es aussehe mit der Revision der Gemeindeordnung. Auf Seite 22 können Sie die Antwort von unserem Stadtammann Daniel Mosimann lesen. Ich verzichte darauf, sie vorzulesen. Die Kernaussage ist - Jawohl, das ist ein Thema in der laufenden Legislatur und wir versuchen, möglichst viele Themen in einem Topf abarbeiten zu können. Faktenbasiert komme ich darum zu folgendem Schluss - und das deckt auch die Fraktionsmeinung ab. Ich zitiere Jeanine Pfister Meier aus dem Einwohnerratsprotokoll der Sitzung vom 15. September 2022: *"Der Stadtrat will das auch und ist sich der Thematik bewusst, die im Postulat steht. Wir vertrauen darauf, dass diese Gruppe eine gute Lösung findet und deshalb ist das Postulat überflüssig und wir sind gegen eine Überweisung"*.

Cécile Kohler (Die Mitte): Die Mehrheit der Fraktion Mitte ist für die Umbenennung und entsprechend zeitgemässe Benennung des Chefs und der Chefin der Exekutivbehörde. Wir werden das Postulat überweisen. 51 Jahre nach Einführung vom Frauenstimmrecht ist es zeitgemäss, dass in den Bezeichnungen von den höchsten politischen Ämtern kein Geschlecht explizit genannt wird. Wir wählen eine Funktion und nicht ein Geschlecht. Sobald eine Frau das höchste Amt belegt, wird es sprachlich umständlich und kann zu Missverständnissen führen. Das würde durch die Bezeichnung als Stadtpräsidentin direkt Klarheit schaffen. Das kann ja auch schon vor dem 1. Januar 2026 passieren. Lenzburg hat ein neues Logo, welches alle ansprechen und inkludieren soll. So soll es auch bei der Bezeichnung der obersten Exekutivvertretung sein. Darum werden wir das Postulat überweisen.

Anja Kroll (Grüne): Natürlich alles richtig, was Marcel Strebel gesagt hat. Für mich ist es aber auch ein emotionales Thema. Für mich ist es wichtig, dass wir uns in Lenzburg auch zu dem bekennen was Julia Mosimann fordert. Darum finde ich alles richtig und technokratisch. Ich bitte alle, einmal zu überlegen, ob es wirklich einen Grund gibt, hier nicht ja zu sagen; auch wenn Marcel mit seiner Argumentation natürlich richtig liegt. Ich bitte alle, auch zu zeigen, dass wir das wollen.

Antrag:

Das Postulat der SP "Änderung der Gemeindeordnung; Umbenennung Gemeindeammann in Stadtpräsident/Stadtpräsidentin" wird überwiesen.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 21 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

10 Umfrage

Baustopp Saviva AG

Christina Bachmann (Die Mitte): Wir haben am letzten Mittwoch in der Pressemitteilung und am letzten Freitag der AZ entnehmen können, dass ein Baustopp verhängt worden ist gegen die Saviva AG und eine Privateigentümerin. Bei der Saviva AG handelt es sich um eine Tochterunternehmung der Heba Food Holding AG. Zu dieser gehört auch die Traitafina, eine langjährige Firma in Lenzburg, wo auch an der hoffentlich bald erstellten Umfahrungsstrasse in Lenzburg angesiedelt ist. Wir sind gut darin, Geld auszugeben und Kredite zu bewilligen. Hier geht es jedoch um eine Steuereinnahme - um eine neue Firma, die nach Lenzburg ziehen will. Ich möchte den Stadtrat diesbezüglich gerne wie folgt anfragen: Wie ist die Kommunikation an die Saviva gelaufen, wie viele Tage vorher hat die Saviva von diesem Baustopp erfahren und wie viele Tage vor den Medien? Ist der Schritt des Baustopps unumgänglich gewesen? Wie sicher ist der Stadtrat, dass die Vorlagen der BNO wirklich so durchkommen? Ist vorher abgeklärt worden, wie hoch das Risiko ist, dass die Saviva AG als Folge des Baustopps nicht nach Lenzburg kommt? Wie ist die Risikoeinschätzung durch den Stadtrat heute? Sind der Saviva Alternativen angeboten worden und ganz allgemein, wie pflegt der Stadtrat seine Beziehungen zu unseren steuerzahlenden Unternehmen, die wir doch darin fördern möchten, auch neue Standorte zu eröffnen und zu wachsen und somit mehr Steuern zu zahlen, damit wir wieder Geld ausgeben können.

Stadtamman Daniel Mosimann: Ich probiere die Fragen zu beantworten. Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, dass wir immer noch in einem laufenden Verfahren sind - das heisst die Rechtsmittelfristen die sind noch nicht abgeschlossen und wir reden hier von einer Bausperre und nicht von einem Baustopp. Ein Baustopp heisst man stoppt den Bau eines Gebäudes, welches man zu bauen begonnen hat. In diesem Fall müssen die Baumaschinen stillgelegt werden. Eine Bausperre bedeutet, dass Gesuche für die Bewilligung von Bauten und Anlagen für die Dauer von höchstens 2 Jahren zurückgestellt werden. Das ist der Unterschied. Also wir haben hier eine Bausperre. Die erste Frage bezieht sich auf die Kommunikation des Entscheids der Bausperre. Die Bausperre ist am 20. Februar 2023 dem Rechtsvertreter der Firma Saviva zugestellt worden. Die Medien sind per Medienmitteilung am 1. März 2023

informiert worden. Ist der Schritt der Bausperre unumgänglich gewesen und wie sicher ist der Stadtrat, dass die entsprechenden Vorlagen und Vorgaben in der BNO gemacht werden. In der BNO steht im Entwurf nach der zweiten öffentlichen Auflage – ich zitiere: "Nicht zulässig sind Nutzungen mit hohem Güterverkehr und hohem Flächenbedarf wie Betriebe, deren Haupttätigkeit im Transport, Lagern und Konfektionieren von Waren besteht (Lager-, Verteil- und Logistikzentren). Für bestehende Betriebe sind Erweiterungen im Rahmen der Betriebsnotwendigkeit zulässig. Diese Bestimmung ist bereits im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung, welche vom 16. April bis am 25. Mai 2018 durchgeführt worden ist, Bestandteil gewesen. Ebenfalls im Rahmen der ersten öffentlichen Auflage vom 5. November bis am 7. Dezember 2020 und zuletzt im Rahmen der zweiten öffentlichen Auflage vom 18. November bis am 19. Dezember 2022. Sie ist immer mit dem gleichen Wortlaut im Entwurf der Bau und Nutzungsordnung gewesen. Nachdem auch die einwohnerrätliche Spezialkommission diese Bestimmung in keiner Weise in Frage gestellt hat und auch keine einzige Einwendung dagegen erhoben worden ist, sieht der Stadtrat keinen Anlass, daran etwas zu ändern. Ein Verzicht auf die Festlegung würde zudem gegen das übergeordnete Recht verstossen. Gemäss dem kantonalen Richtplan sind Nutzungen mit hohem Güterverkehr, das heisst mehr als 200 Fahrten pro Tag und Flächenbedarf, Lager und Logistikbetrieb, für die Arbeitsplatzgebiete in Lenzburg ungeeignet und werden entsprechend auf Richtplanenebene auf dieser Stufe nicht zugelassen. Kommen wir zur Abklärung, wie hoch das Risiko ist, dass die Saviva gar nicht nach Lenzburg kommt, sondern in eine andere Gemeinde zieht. Die Saviva hat ihren provisorischen Standort in Brunegg bezogen. Was die weiteren Absichten der Firma sind, entzieht sich zurzeit der Kenntnis des Stadtrats. Alternative Standorte hat man der Saviva nicht vorgeschlagen und zwar weil sich die Bestimmungen der Bau- und Nutzungsordnung generell auf alle Arbeitszonen in Lenzburg bezieht. Die Wahl des Standorts ist weder vor noch während dem Gesuchsverfahren zwischen Stadt und Bauherrschaft ein Thema gewesen. Dann noch die letzte Frage: Wie pflegt der Stadtrat den Kontakt zu den Unternehmungen der Stadt Lenzburg. Ich würde sagen, dass ein guter Austausch besteht. Es finden regelmässig Gespräche mit ortsansässigen Unternehmungen statt, auch mit der Verwaltung. Die Verwaltung wird zum Teil aktiv in die Standortwahl von Firmen einbezogen. Hierfür bestehen verschiedene aktuelle Beispiele. Im vorliegenden Fall hat dieser Kontakt nicht stattgefunden, weil es mit dem Gebäude der Office Depot und mit der Verbindung zur Traitafina andere Vorgaben und Voraussetzungen gab. Grundsätzlich kann man sagen, dass bis vor Corona regelmässig jährlich ein Unternehmerapéro durchgeführt wurde. Organisiert wurde dieser durch die Stadt. Ich habe regelmässig mit Vertretern der Verwaltung Firmenbesuche bei diversen Firmen der Stadt Lenzburg durchgeführt. Diese Aktivitäten werden in diesem Jahr wieder aufgenommen und wir lancieren diese wieder neu.

Rosmarie Zobrist-Kuhn

Modibo Dominique Guindo (GLP): Ich möchte Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. Am 11. Januar 2023 stand im Lenzburger Bezirksanzeiger – ich zitiere: "Lenzburg hat eine starke Persönlichkeit verloren." Nachruf "Ich lebe, solange

ich koche, und ich koche, solange ich lebe.» Nun, an der Brunnmattstrasse 23 in Lenzburg kann Rosmarie Zobrist-Kuhn nicht mehr kochen. Sie ist am Sonntag, den 18. Dezember, im Alter von 94 Jahren gestorben. Sie war Politikerin, Frauenrechtlerin, Hauswirtschaftslehrerin, Katechetin, Synodalin, Kolumnistin, Seniorenmobilmfahrerin und Gesprächspartnerin.

Eine grosse Linde hat sich hingelegt. Jemand sitzt im Schatten, weil jemand vor langer Zeit einen Baum gepflanzt hatte. Wir waren auf der Suche nach Grosseltern für unsere Kinder. So haben wir Rosmarie kennengelernt. Rosmarie öffnete meiner Tochter ihr Haus und flüsterte ihr Schweizerdeutsch ins Ohr. Sie hat ihr Wohnzimmer zu einem Lesezimmer gemacht. Diese liebe zur Stadt Lenzburg ist durch Rosemarie auch zu unserer Stadt geworden. Heute flüstere ich, liebe Rosmarie, eine Passage des Buchs "Der kleine Prinz*" von Antoine de Saint-Exupéry – aber auf Deutsch und mit meinem Akzent: "Sterne wie Sie niemand hat - die Leute haben ihre Sterne, aber es sind nicht die Gleichen, für jeden sind sie anders. Für manch Reisenden sind die Sterne Führer. Für andere sind sie nichts anderes als kleine Lichter. Und wieder andere, für die Gelehrten, sind sie Probleme. Für meinen Geschäftsmann waren sie Gold. Aber alle diese Sterne schweigen. Du aber, du wirst Sterne haben wie niemand anderer. "Merci chère Rosmarie, adieu chère Rosmarie".

Leerstehender Häuser und Wohnungen in Lenzburg

Martin Killias (SP): Nach diesen ergreifenden Worten ist es fast ein bisschen schwierig, aber ich habe ein Anliegen, welches ich deponieren möchte. Ich schicke voraus, dass ich vom Stadtrat nicht eine sofortige Antwort erwarte. Ich werde jedoch ein Problem aufzeigen, welches ihr zeitnah anpacken solltet. Windisch war ein Fanal im Schweizer Blätterwald. Es wurde auch sofort verkürzt auf die Dimension der Flüchtlinge, für die unter anderem auch langjährige Mieter Platz schaffen müssen. Das ist eine gefährliche und ungerechte Verkürzung, denn das Problem ist eigentlich ein anderes. Das Problem ist unsere Abrisskultur. Wir erleben - und das wird in den nächsten Jahren gewaltig zunehmen - eine gigantische Abreisswelle durch die ganze Schweiz. Es gibt eine Menge Bauten aus den 40er bis 80er-Jahren, welche man jetzt ersetzen möchte, da man teils eine höhere Ausnutzung gewährleisten kann. Für viele Häuser ist das ein Todesurteil. Das ist eine katastrophale Entwicklung, nur schon für die Umwelt. Es ist nichts so umweltschädigend wie das Abbrechen. Aber davon will ich jetzt nicht sprechen. Mein Punkt ist folgender: Die Grosswetterlage, der Verdrängungskampf, der auf dem Liegenschaftensmarkt stattfindet, die Verdrängung von Leuten mit begrenzten Mitteln, welche aus billigen Wohnungen herausgeworfen werden, weil diese ja in erster Linie abgebrochen werden – dieses Problem können Gemeinden wie die Stadt Lenzburg nicht lösen. Dem sind wir mehr oder weniger ausgeliefert. Aber es gibt durchaus etwas, das wir tun können. Wir haben nämlich leere Häuser. Ganze Reihen von Häusern und Wohnraum steht in Lenzburg leer, und das zum Teil seit Jahren. Ich will dem Stadtrat beliebt machen, dass er auf die Eigentümer zugeht und ihnen klar macht, dass diese Situation in der jetzigen politischen, gesellschaftlichen Landschaft nicht geht. Man muss ihnen nicht unbedingt mit Notrecht drohen, wobei die Drohkulisse Notrecht wegen dem

Flüchtlingsproblem durchaus real werden könnte. Es geht nur darum, den Eigentümern ein wenig zur Einsicht zu verhelfen. Wir haben im Stadtgässlein ein grosses Haus mit vielen Wohnungen. Seit 2016 ist es leer. Wir haben in der Aavorstadt leere Häuser. Ich bin nicht mehr ganz sicher, wie der aktuelle Stand ist, aber 30 Jahre lang ist die Abwartwohnung des Kirchgemeindehauses leer gestanden. Das sind Zustände, welche nicht mehr akzeptabel sind. Bevor man Personen aus Wohnungen herauswirft, ist die erste Massnahme, die man treffen muss, dass dieses Problem gelöst wird.

Suchtmittelfreie Zone Lenzhard

Christoph Nyfelner (FDP): Es erstaunt mich, dass wir am 15. September 2022 im Rat einer suchtmittelfreien Zone in Lenzhard respektive im Angelrain eine Abfuhr erteilt mit der Begründung, es sei nicht nötig, weil eine Fachgruppe am Erarbeiten von Möglichkeiten ist. Gleichzeitig stimmen dieselben Personen einem völlig obsoleten Postulat zu, wenn es um die Umbenennung eines Namens geht. Es ist per Gesetz im Kanton Aargau bereits definiert worden. Wir sind im Wahljahr, aber vielleicht könnte man das Gewicht ein wenig anders legen, und zwar auf den Schutz von Kindern, die nicht durch Cannabis-Wolken und leere Bierflaschen laufen möchten, anstatt dass man sich medienwirksam auf diese Umbenennungen stürzt. Der zweite Punkt ist noch wichtiger. Wir können alle Postulate und Motionen, welche wir heute Abend überwiesen haben und in der Zukunft überweisen werden, unterstützen. Aber sie sind obsolet, weil die Gemeindeordnung auf kantonaler Ebene behandelt wird. Wir sind im Wahljahr und man muss Themen aufgreifen, welche eigentlich bereits klar sind. Wir möchten aber die anderen Parteien dazu anhalten, vielleicht in einem Becken von Ideen an dieser Gemeindeordnung mitzuarbeiten, im Rahmen von Anfragen und den Stadtrat nicht unnötig bemühen mit Postulaten und Motionen. Deshalb kann ich Ihnen sagen, dass die FDP auch in Zukunft solche bereits klaren Anliegen nicht unterstützen wird.

Janine Pfister Meier (SP): Du bist mir gerade zugekommen. Ich wäre vor dir schon aufgestanden und hätte gern spontan diese Frage gestellt. Sie kann gerne auch nächstes Mal beantwortet werden. Es geht um das erwähnte Zitat betreffend Postulat oder Motion im Zusammenhang mit Littering an den Schulen. Wir haben es damals nicht überwiesen, weil es sich erübrigt hat. Der Stadtrat hat gesagt, es gibt eine Sachbeschädigung- und Litteringsgruppe. Ich frage mich, was diese Gruppe aktuell macht und ob sie schon eine Lösung gefunden hat für das Litteringproblem, welches noch immer stattfindet.

Stadtrat Sven Ammann: Dieses Thema ist letzte Woche in der Regionalpolizei diskutiert worden. Wir haben endlich wieder Jugendarbeiter - jemand hat angefangen und ab 1. April kommt eine weitere Person hinzu. In dieser Gruppe ist es wirklich essenziell, dass es einen Jugendarbeiter gibt. Diesen haben wir lange nicht gehabt. Diese Stelle wurde besetzt mit einem Joker, aber damit etwas zu planen macht keinen Sinn. Das ist der aktuelle Stand. Ich hoffe, dass ich das nächste Mal an der Einwohnerratssitzung schon etwas genaueres darüber mitteilen kann.

Corporate Design; neues Logo der Stadt Lenzburg

Chantal Toker (GLP): Das neue Logo von Lenzburg wurde heute im Bezirksanzeiger erwähnt und ist momentan das Stammtischthema Nummer 1 in Lenzburg. Viele Kommentare dazu sind schon veröffentlicht worden - von Bierdeckel Kritzelei über Schmierflecken bis Schülerwettbewerb – wobei das eventuell besser herausgekommen wäre. Mir persönlich geht es ähnlich. Wenn ich die drei Ringe anschau, probiere ich vergeblich, die Dynamik im Logo zu erkennen. Die Bewegung nach vorne und das Ineinandergreifen von verschiedenen Bereichen kommt sehr verschwommen daher. Aber das ist Geschmackssache. Vielen gefällt das Logo nicht, das höre ich täglich. Dass Lenzburg jedoch endlich ein Corporate Design hat und beginnt mit Templates zu arbeiten, ist schon lange überfällig gewesen. Dieser Fakt ist unumstritten. Dass dabei aber auch das Logo angepasst wird, davon war nie die Rede, als wir die Gelder gesprochen haben. Hat man das bewusst ausgeklammert? Wieso hat der Einwohnerrat, der die Vertretung der Bevölkerung von Lenzburg ist, nicht ein Mitspracherecht gehabt? Ein Logo sollte identitätsstiftend wirken. Eine breitere Abstützung in der Bevölkerung hätte sicher nicht geschadet, zumal dies auch mit Steuergeldern finanziert wird.

Corin Ballhaus (SVP): Das Logo bewegt offenbar nicht nur den Stadtrat. Auch uns hat es beschäftigt und die Medienmitteilung ist vielleicht nicht der richtige Weg gewesen, um so ein einschneidendes Werk uns gegenüber zu kommunizieren. Das hat uns dazu veranlasst, eine schriftliche Anfrage zu stellen, um mehr über die Angelegenheit zu erfahren. Bei uns hat das neue Logo nicht gepunktet. Uns hat das alte Logo mehr angesprochen. Genau so wenig haben wir die Notwendigkeit des neuen Designs verstanden. Der Ursprung war, dass man im Rahmen von Lenzburg 21 als Mangel festgestellt hat, dass die Formulare der Stadt Lenzburg unterschiedlich gehandhabt werden. Dies wollte man vereinheitlichen, was natürlich völlig legitim ist. Von einer Logoänderung ist nie die Rede gewesen.

Im Budget 2022 haben wir für das Corporate Design CHF 50'000 eingestellt. Im Jahre 2023 waren es weitere CHF 30'000 für die restlichen Arbeiten der Umsetzung. Betreffend Neugestaltung des Logos war nie ein Budgetposten ersichtlich. Darum stellt sich für uns die Frage, warum es der Stadtrat als notwendig erachtet hat. Was sind die eigentlichen Kosten der Entstehung des neuen Logos? Und welche Referenzen und Erfahrungen bei der Entwicklung von Gemeindelogos hat die gewählte Werbeagentur? Hat der Stadtrat bei der Entwicklung die Vorgabe gemacht, dass es in allen Grössen anwendbar bzw. skalierbar ist, in allen Anwendungen, schwarz-weiss oder auch einfarbig funktioniert? Besteht ein Handbuch, welches die Anwendung des Logos regelt und welches allen Mitarbeitenden zur Verfügung steht, sodass eine einheitliche Anwendung sichergestellt ist? Zudem haben wir neben dem Logo auch noch das Wappen. Wann kommt das Wappen zum Einsatz und wann das Logo? Ist dies irgendwo definiert worden? Dann haben wir seit dem 1. Januar 2017 ein revidiertes Wappenschutzgesetz, welches die Anwendung von Wappen, Fahnen und anderen Hoheitszeichen von Bund, Kantonen und Gemeinden regelt. Es gibt verschiedenste Gemeinden, welche geregelt haben, in welchen Fällen das Wappen für Anwendungen ausserhalb vom Gemeindewesen

autorisiert ist. Würde der Stadtrat das tun, falls es noch nicht geschehen ist? Auch interessiert uns, mit welchen Kosten der Stadtrat rechnet, jetzt wo das neue Logo in der Umsetzung und Anwendung ist (Briefe, Website, E-Mail-Absender, Beschriftungen der Gemeindefahrzeuge, etc.). Plant der Stadtrat einen Stichtag, an welchem das Logo sichtbar sein wird oder wird es eine schrittweise Umsetzung sein?

Iris Bachmann (Die Mitte): Ich bringe meine Anfrage auf meine Art. In Basel und Klingnau, wo ich aufgewachsen bin, gibt es die Fasnacht. Hätten wir in Lenzburg solch eine Fasnacht, dann wäre das Thema garantiert in einer Schnitzelbank präsentiert worden. Jetzt kommt halt der klingnauerische Beitrag für Lenzburg:

(Gesang, Melodie von "bim Coiffeur" von Mani Matter)

In Lenzburg haben Sie ein Logo, das ist blau auf weissem Grund

Und es ist bis jetzt ganz schlicht und einfach ziemlich kugelrund

Doch jetzt staunst du, weil das Logo das ist ausser Rand und Band

Es ist schummrig blau und wirkt so ziemlich heftig durcheinander

Was ist passiert, so fragt sich mancher da in dieser Stadt

Was haben die gesoffen, die das gemalt haben und finden die das glatt?

Wir wollen unseren klaren Kreis zurück. Das ist sonnenklar

Das Bild verschenken wir doch an die nächste Bar

Jetzt muss ich aber noch eine Frage stellen. Wessen Idee war das? Warum ist das nicht vor den Einwohnerrat gekommen?

Stadtpräsident Daniel Mosimann: Über den Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Die Stadt Lenzburg verfolgt mit den neuen Corporate-Design-Richtlinien das Ziel, ein einheitliches Erscheinungsbild über die gesamte Stadtverwaltung zu erreichen. Das beinhaltet eine Harmonisierung des Layouts, der Farben, der E-Mail-Signaturen, der Drucksachen wie Briefcouverts, Visitenkarten, Jahresberichte, Beschriftungen – und dazu gehört auch ein einheitliches Logo für die verschiedenen Abteilungen in der Stadtverwaltung. Wir haben im Hühnerwadelhaus in einem ehemaligen Schulzimmer eine Auslegeordnung gemacht. Die Wände haben fast nicht gereicht für die vielen verschiedenen Logo-Ausprägungen, die es in dieser Stadtverwaltung gibt. Das zeigt eigentlich auch, dass allgemeingültige CD-Richtlinien bis jetzt gefehlt haben und dadurch waren unterschiedlichste Logovarianten des Hauptlogos im Umlauf, vor allem in den regionalen Bereichen. Das bisherige Logo der Stadtverwaltung ist in der Zwischenzeit über 20 Jahre alt und wurde eingeführt im Zusammenhang mit dem neuen Webauftritt der Stadt Lenzburg. Ich kann mich noch erinnern, als die Kugel zum ersten Mal mit dieser Werbebroschüre aufgetaucht und präsentiert worden ist. Auch damals hat man sich überall über die Kugel lustig gemacht. Das neue Logo entstand im Zusammenhang mit der Entwicklung der neuen CD-Richtlinien. Der Stadtrat hat im Rahmen der Entscheidungsfindung

aus verschiedenen Varianten die neue Schriftart und das Layout von Drucksachen ausgewählt. Auch die Schriftfarbe, die Schriftart und die Schriftgrösse wurden festgelegt. Dort hat man sich entschieden, eine neue, modernere Variante des Logos mit einer neuen Schriftart mit Gross- und Kleinschreibung des Schriftzugs "Stadt Lenzburg". Das Design ist lediglich eine Weiterentwicklung. Es handelt sich immer noch um den runden, blauen Punkt, wie er auch im Wappen existiert. Der Wiedererkennungseffekt ist somit gegeben. Die Weiterentwicklung des bestehenden Logos hat kostenmässig einen kleinen Teil des budgetierten Betrags für die Neugestaltung des ganzen CD beansprucht. Ich kann davon ausgehen, dass rund CHF 3'000 für die Konzeption aufgewendet worden sind. Die kostenintensivsten Arbeiten betreffen die Implementierung der Vorlagen in den verschiedenen Fachapplikationen der Stadtverwaltung (Geschäftsverwaltungssoftware, Fakturierungssystem, Liegenschaftsverwaltung, etc.). All diese Fachapplikationen können nicht eigenhändig mit den neuen CD bestückt werden, sondern das muss effektiv von externen Fachleuten erledigt werden.

Zur Frage nach der Referenzerfahrung der gewählten Werbeagentur. Im Rahmen der Evaluation haben 4 Agenturen ein Angebot eingereicht. Wir haben eine Agentur ausgewählt mit einer umfangreichen Erfahrung in Gestaltung und Umsetzung von CD-Konzepten. Die Stadt Lenzburg verfügt bereits über Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dieser Agentur. Die Agentur betreut unter anderem auch den Kanton Aargau und die Stadt Aarau. Die Vorgaben für das Logo sind gewesen, dass es farbig, schwarz-weiss und negativ einsetzbar sein muss. In den Richtlinien wird festgehalten, in welchen Fällen welche Logo-variante zum Einsatz kommen soll und welche nicht. Die Wiedererkennung und der Schutz des Logos müssen gewährleistet sein. Die Corporate Design Richtlinien werden im Rahmen der Umsetzung des neuen Erscheinungsbilds in der Form eines CD-Manuals dokumentiert und stehen nach Abschluss des Projekts im Mai 2023 allen Anwenderinnen und Anwendern zur Verfügung. Das heisst, dass alle Mitarbeitenden die Richtlinien erhalten. Die Abteilung Standortentwicklung und Kommunikation ist verantwortlich für die Schulung der Mitarbeitenden und unterstützt alle Abteilungen der Stadtverwaltung bei der zukünftigen Umsetzung der Anwendung des Manuals. Künftig gibt es Arbeitsvorlagen, welche die Mitarbeitenden entlasten sollen und so auch den aktuellen "Logowildwuchs" verhindern. Weiter wurde gefragt, ob der Stadtrat geregelt hat, wo das Lenzburger Wappen zur Anwendung kommt und wo das Stadtlogo. Nein, das haben wir nicht geregelt, denn das Lenzburger Wappen ist von der Neugestaltung des Logos nicht tangiert. Das bedeutet, dass dieselbe Anwendung bestehen bleibt, wie wir sie bis jetzt gehabt haben. Die Kugel hat schliesslich auch bis jetzt keine Auswirkung gehabt auf das Lenzburger Wappen, welches gemäss Wikipedia seit 1333 unverändert ist. Im Wappenregister des Kantons Aargau ist das Wappen der Stadt Lenzburg hinterlegt und es ist dem Kanton am 8. März 2002 so gemeldet worden. Dann noch die Frage zum revidierten Wappenschutzgesetz. Der Stadtrat sieht aus den vorerwähnten Überlegungen keinen Handlungsbedarf, dass man diesbezüglich eine Regelung treffen sollte. Kommen wir zu den Kosten in der Umsetzung des neuen Logos. Der Stadtrat hat mit dem Budget 2021, CHF 50'000 für die Überarbeitung sowie die erste Tranche der Umsetzung beantragt. Mit dem Budget 2023 sind

CHF 30'000 für die restliche Implementierung beantragt und vom Einwohnerrat auch genehmigt worden. Ich habe vorhin schon gesagt, dass diese Kosten das gesamte Corporate Design betreffen und nicht nur das Logo. Dann kommt noch die Frage nach dem Stichtag. Im Mai 2023 – an welchem Tag genau wissen wir noch nicht – tritt das neue CD-Manual in Kraft und ab diesem Tag gilt es für die ganze Stadtverwaltung. Anleitungen und Schulungen sind vorgesehen. Office-Vorlagen mit dem alten Logo wie Briefe und Rechnungsvorlagen dürfen ab dann nicht mehr gebraucht werden. Drucksachen wie Couverts, Broschüren und Flyer werden aufgebraucht und erst dann ersetzt, wenn der Vorrat aufgebraucht ist. Das gilt insbesondere auch bei der Kleidung, beispielsweise der Werkhofmitarbeitenden. Mit diesen Ressourcen wird schonungsvoll umgegangen.

Corin Ballhaus (SVP): Ich habe noch nicht herausgehört, wo die Notwendigkeit für ein neues Logo war. Das fehlt mir nach wie vor und ich glaube, da spreche ich auch aus der Bevölkerung. Ich gebe dir völlig recht, über den Geschmack lässt sich streiten. Aber ein paar weitere Überlegungen betreffend den Weg vom bestehenden Logo zum neuen Logo, hätte ich geschätzt. Eine Bemerkung noch zum unterschiedlichen Anwenden von Logo und Wappen aufgrund einer eigenen Erfahrung. Letztes Jahr haben wir einen neuen Verein gegründet. Er heisst "Lenzburg tanzt" und wir arbeiten mit dem Lenzburger Wappen. Ich weiss von anderen Gemeinden, bei welchen es strikt verboten ist, das Wappen ausserhalb des Gemeindewesens zu nutzen; auch nicht in einem kommerziellen Kontext. Spreitenbach hat beispielsweise eine feste Regelung und ich gebe einfach die Empfehlung ab, das einmal anzuschauen. In Spreitenbach wurde in Wahlflyern das Wappen von Spreitenbach verwendet und die zuständigen Personen haben eine Busse erhalten. Mir ist es nicht darum gegangen, dass man es anpassen muss, sondern mehr um die Frage, wer es in welchem Kontext verwenden darf.

Schlossbeleuchtung

Christina Bachmann (Die Mitte): Ich habe die Anfrage schon schriftlich eingereicht. Ich wollte nachfassen, ob der Stadtrat heute schon eine Antwort abgeben kann zum Thema Schlossbeleuchtung.

Stadtpräsident Daniel Mosimann: Eine Vorbemerkung zum Einschalten der Schlossbeleuchtung. Das Schloss gehört nicht nur der Stadt Lenzburg, sondern der Stadt und dem Kanton gemeinsam. Darum halten wir uns zusammen mit dem Kanton an die kantonalen Vorgaben. Zudem sind wir im letzten Herbst auf Hinweis des Einwohnerrats der Energiesparallianz beigetreten. Diese Allianz verfolgt das Ziel, Energie effizienter und sparsamer zu nutzen und hat ihre Empfehlungen bis jetzt nicht geändert. Die Stadt Lenzburg und die Stiftung Schloss Lenzburg stehen in einem engen Austausch mit den kantonalen Behörden. Der Kanton seinerseits ist abhängig von den Entscheiden des Bunds, welcher seinerseits über die Einschaltung der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Baudenkmalern noch nicht entschieden hat. Das heisst, dass der Kanton auf einen Entscheid des Bunds wartet. Wir warten auf den Entscheid des Kantons und wenn dies entschieden ist, wird der notwendige Schritt eingeleitet. Dann können wir auch das Geschenk der SWL Energie AG

festlich auspacken und gebührend in Betrieb nehmen. Wir streben immer noch an, dass wir die Schlossbeleuchtung auf Saisonöffnung des Museums Aargau in Betrieb nehmen – das heisst per 1. April 2023. Wir müssen jedoch erst schauen, wie es von der Seite der anderen Stellen aussieht.

Feuerwehrmagazin

Michael Häusermann (SVP): Im Oktober 2021 war im Einwohnerrat eine Vorlage betreffend Feuerwehrmagazin über 1 Million Franken. Es ging vor allem um die Erdbebenertüchtigung durch Erhöhung und Oberflächenwasser. Ich habe bereits einmal Personen beim Bauen gesehen. Jetzt habe ich vernommen, dass ein Baustopp veranlasst wurde. Stimmt etwas an diesem Gerücht? Wenn ja, aus welchen Gründen wurde dies veranlasst?

Stadtpräsident Daniel Mosimann: Ein Baustopp muss vom Stadtrat erlassen werden. Mir ist nicht bewusst, dass wir in der letzten Zeit dort einen Baustopp verhängt haben. Somit ist momentan nichts Aussergewöhnliches vorhanden.

Andreas Schmid: Es gibt keinen Baustopp und es gibt keine Bausperre. Was ich sagen kann ist, dass wir Lieferschwierigkeiten mit den Toren hatten. Es ist viel länger gegangen, bis wir die Tore bekommen haben. Ich meine, mittlerweile sind sie angekommen. Mir ist jedoch nicht bekannt, dass es schwerwiegende Hindernisse gäbe, sodass man nicht vorwärtsarbeiten kann. Ich hörte einmal, es seien noch Abklärungen nötig betreffend elektrische Installationen, sodass das auch ein bisschen länger gedauert hat. Aber dass es wirklich ein Problem gibt, sodass man die Sanierung nicht abschliessen kann, das ist mir bisher nicht zu Ohren gekommen.

Revision Aargauer Gemeindegesetz

Stadtpräsident Daniel Mosimann: Ich beantworte die Anfrage der FDP-Fraktion, welche Marcel Strebel eingegeben hat. Die Anfrage wurde uns vorher zuge stellt. Auch der Kanton Aargau ist daran, das Gemeindegesetz zu revidieren, ganz nach dem Motto "Aargauer Gemeinden sind fit für die Zukunft". Es ist immer wieder abhängig von internen und externen Einflussfaktoren. Der Zeitplan, wie die Gesetzesrevision im Kanton abläuft. Im Jahre 2023 ist die Impulsphase, vor allem in der ersten Hälfte des 2023. Das heisst alle Fachverbände, seien das Gemeindeammänner-Vereinigung, seien das die Fachverbände der Finanzfachleute oder Gemeindeschreiber, werden eingeladen, ihre Ideen und Änderungsvorschläge zum Gemeindegesetz an verschiedenen Workshops einzugeben. Es gibt Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und diese Arbeitsgruppen sollten vom Frühsommer bis Herbst tätig sein, um Vorschläge einzuordnen. Dann gibt es ca. in einem Jahr einen Austausch über den aktuellen Stand. Dann wird ein Normkonzept ausgearbeitet, das ist die grobe Vorlage für den Regierungsrat, welche er nachher verabschieden kann als Anhörungsbericht zuhanden des Grossen Rats. Das passiert in der ersten Hälfte 2024. In der zweiten Hälfte von 2024 kommt das Normkonzept bzw. die Vorschläge in die öffentliche Anhörung und die Beratung im Grossen Rat ist angegeben 2025/26. Eine allfällige Volksabstimmung ist auf 2026 geplant. Die

Umsetzungsarbeiten sind im 2027 geplant. In Kraft treten sollte das neue Gesetz per 1. Januar 2028. Die Stossrichtungen, welche definiert worden sind, sind überall ähnlich. Die Digitalisierung ist ein grosses Thema. Weitere Punkte sind die Gemeindeführung, Gemeindeorganisation, Aufgabenerfüllung, die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden und interkommunale Zusammenarbeit. Der Stadtrat geht davon aus, dass das Projekt eine grosse Zeitspanne umfasst, ob es jetzt am 1.1.2028 oder 2029 bzw. 2030 ist. Der Stadtrat will an der Revision der Gemeindeordnung als Legislaturziel festhalten und die notwendigen Arbeiten an die Hand nehmen. Wir wollen nicht unbedingt auf den Kanton warten, aber wir möchten gerne analog dem Kanton vorgehen. Handlungsbedarf und Stossrichtungen evaluieren, schauen, wo in der Verwaltung Schwachstellen bestehen und wo man Revisionsbedarf sieht. Wo möglich kann ein Briefkasten installiert werden, wo Vorschläge eingereicht werden können. Wir möchten ebenfalls die Impulsphase einleiten, das heisst unter Einbezug von Einwohnerrat und Kommissionen. Dann geht es genau gleich wie beim Kanton an die Ausarbeitung des neuen Gemeindegesetzes mit allen Folgeerlassen. Das betrifft auch den Einwohnerrat. Da wird es sicher eine Mitwirkung geben. Man muss dann schauen, ob man eine einwohnerrätliche Begleitkommission einsetzt. Dies ist ein grober Abriss des Vorgehens. Wir möchten vorwärtsarbeiten können und allfällige Anpassungen danach vornehmen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Besten Dank für diese Ausführungen. Ich gebe noch kurz ein persönliches Votum ab. Was man nicht vergessen darf ist, dass so eine eingerichtete Mailbox auch dazu einlädt, sehr viele Ideen einzubringen, ohne zu wissen, wie viel Support es hat. Insofern finde ich persönlich den Weg über ein Postulat nicht falsch, wenn man darüber abstimmt oder mindestens im Rat hört, ob die eigene Meinung auch geteilt wird. Manchmal ist es offensichtlicher, manchmal weniger. Der Aufwand für die Stadtverwaltung ist nachher nicht gleich, aber sie wissen schon wie gross der Support im Einwohnerrat war respektive was sie unüberlegt einfügen können und wo vielleicht Diskussionen entstehen. Bei gewissen Anträgen, die einfach in einem Mail-Kasten landen, diskutieren wir an der Einwohnerratssitzung ansonsten stundenlang über einzelne Anträge und Änderungsanträge. Es hat alles Vor- und Nachteile. Ich denke aber, wir sind auf einem guten Weg und sehen alle, dass man handeln muss.

Umfrage Saligruppe betr. Angebote für Jugendliche

Stadtrat Sven Ammann: Ich möchte anschliessend betreffend die Saligruppe etwas sagen. Sali ist ein Thema, wie wir mit den Jugendlichen von Lenzburg umgehen. Wir haben am letzten Montag eine Umfrage verschickt für jegliche Vereine, Gesellschaften und Institutionen, welche einen Fragebogen bzw. eine Bestandsaufnahme des Angebots in Lenzburg sein soll. Ihr kennt alle Leute, die in einem Verein sind oder in einer Gesellschaft, welche solch einen Fragebogen bekommen haben. Ich bitte euch Werbung zu machen, dass sie diesen ausfüllen. Ich glaube es ist immer noch besser, wenn Kinder Handball und Fussball spielen, singen und etwas in ihrer Freizeit unternehmen, anstatt nur gelangweilt herumzusitzen und Unsinn stiften. Bitte macht also Werbung in euren Vereinen

und fragt, ob sie den Fragebogen bekommen haben. Es wäre für uns Stadträte wichtig, sodass wir Probleme erkennen und mit Anträgen oder Vorlagen kommen können.

Feuerwehrmagazin; Nachbemerkung

Stadtrat Andreas Schmid: Die Situation, dass ich meine Fachleute hier im Saal habe, hat mir die Gelegenheit gegeben, mich zu informieren wegen dem Feuerwehrgebäude. Es ist tatsächlich so, dass Probleme betreffend die Stahlträger in der Halle festgestellt worden sind. Man muss etwas nachbessern und spricht jetzt mit den Herstellern der Produkte, die verwendet werden können. Anscheinend gibt es nicht sehr viele davon. Das Problem ist erkannt, stellt jedoch kein Sicherheitsrisiko dar und das Magazin muss nicht geschlossen werden. Die Abteilung Immobilien sucht mit den Produzenten nach einer Lösung.

Rudolf Baumann (SVP): Ich komme auf das Feuerwehrmagazin zurück. Es sind keine Stahlträger, sondern Betonträger, die verstärkt werden müssen. Dort ist das Problem entstanden. Es handelt sich nicht um einen Baustopp, bei welchem man nicht mehr bauen darf. Es gibt jedoch eine Bauverzögerung. Wir möchten gerne wissen, wie lange diese Verzögerung dauert und wie viele Mehrkosten auf uns zukommen, weil an diversen Stellen Fehler passiert sind.

Stadtrat Andreas Schmid: Ich nehme die Frage auf, kann sie aber hier nicht beantworten. Die Frage kann wahrscheinlich ordentlich an der nächsten Einwohnerratssitzung behandelt werden. An dieser Stelle will ich euch einladen, solche Fragen, bei welchen vorgängige Abklärungen notwendig sind, 2 bis 3 Tage vorher einzugeben, dann kann ich die Informationen einholen und direkt mündlich antworten.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:

